



NFP 73 Policy Brief Nr. 2 / 2022

Akzeptanz freiwilliger Nachhaltigkeitsmassnahmen von Unternehmen

Bedeutung für die Politik

- 1** Unternehmen können von politischen Wettbewerbsvorteilen profitieren, wenn sie sich freiwillig zu Umweltschutz verpflichten. Die Politik sollte dies berücksichtigen, z.B. in Branchenvereinbarungen.
- 2** Die Politik sollte die öffentliche Unterstützung nutzen, um wirksame Aufsichtskompetenzen einzufordern – in der nationalen Umweltpolitik ebenso wie im Kontext globaler Lieferketten.
- 3** Die Politik sollte dafür sorgen, dass die Akteure sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors Rechenschaft über ihre Umweltpolitik ablegen müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass Unternehmen ihre Verpflichtungen nicht umgehen oder Greenwashing betreiben, da die Bevölkerung sonst das Vertrauen in freiwillige Massnahmen verliert.

Der globale ökologische Fussabdruck der Schweizer Wirtschaft muss reduziert werden

Die Nachfrage nach Umweltressourcen übersteigt die Belastungsgrenzen der Erde um ca. 60% (vgl. Abbildung 1). Wenn die Weltwirtschaft diese ökologischen Grenzen missachtet, verursacht dies gemäss Studien hohe Kosten (z. B. durch die Verknappung wichtiger Ressourcen) und Risiken (z. B. für die Ge-

sundheit). Daher zahlen sich nachhaltige Wirtschaftssysteme aus. Aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihres Wissens über ökologische Probleme in ihrer Branche können Unternehmen Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft entscheidend unterstützen oder behindern.

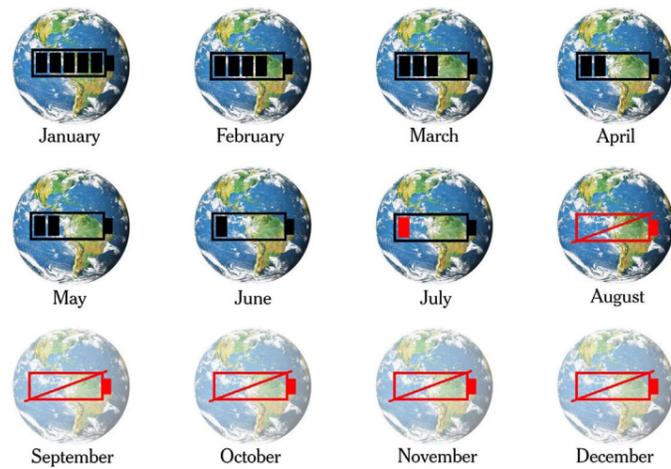


Abbildung 1: Abbildung zum Earth Overshoot Day in der New York Times. Im August ist das ökologische Budget des Jahres aufgebraucht. Danach sprengt die Ressourcennutzung die Belastungsgrenzen der Erde.
Quelle: New York Times (2020)

Öffentlicher Druck kann freiwillige Massnahmen fördern – Sanktionen gegen Greenwashing

Eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortet strenge Umweltvorschriften für die Wirtschaft. Dies gilt sowohl im Schweizer Kontext als auch im Kontext globaler Lieferketten, basierend auf den Daten der 12 grössten OECD-Industrieländer. Die Bevölkerung unterstützt strengere Vorschriften für die Berichterstattung und politische Massnahmen zur Sanktionierung fehlbarer Unternehmen.

lich profitieren (z. B. dank mehr Ressourceneffizienz oder stärkerem Branding). Wir betrachten diese Ergebnisse als positive Nachricht für kollaborative Politikkonzepte, die vor allem auf freiwillige Massnahmen des Privatsektors setzen, z. B. verschiedene Arten von Hybrid-Gouvernanz.

Glaubwürdige freiwillige Massnahmen zur Nachhaltigkeit durch Unternehmen können den gesellschaftlichen Druck zur Einführung staatlicher Eingriffe verringern. Die Bevölkerung ist auch bereit, umweltbewussten Unternehmen politische Vorteile (z. B. Steuererleichterungen) zu gewähren. Zusammenfassend zeigt sich, dass Unternehmen gesellschaftspolitische Anreize haben, ihre Nachhaltigkeit freiwillig zu verbessern, auch wenn sie nicht «direkt» wirtschaft-

Freiwilligkeit kann jedoch Anreize für Trittbrettfahrer schaffen und damit die Akzeptanz kooperativer Lösungen zwischen Staat und Unternehmen in der Öffentlichkeit untergraben. Daher sollte die Politik eine Rechenschaftspflicht sicherstellen und Greenwashing verhindern. Konkret könnten Sanktionen für Verstösse erwogen oder Umweltziele definiert werden. Zudem sind staatliche Massnahmen vorzusehen, wenn die Ziele nicht bis zu einem festgelegten Termin mit Freiwilligkeit erreicht werden.

Was bedeutet...

Ökologisches Budget: Die Menge an Umweltressourcen, die ein Land oder die Erde langfristig bereitstellen und regenerieren kann.

Nachhaltige Wirtschaft: Produktions- und Konsumsystem, das die Knappheit begrenzter Ressourcen und die Regenerationsfähig-

keit erneuerbarer Ressourcen berücksichtigt, die Ressourceneffizienz steigert und damit Wirtschaftsleistung und Wohlstand erhöht.

Hybrid-Gouvernanz: System, das staatliche Regulierung mit freiwilligen Massnahmen des Privatsektors kombiniert (z. B. durch Branchenvereinbarungen).

Für die Strategie von Staaten im Bereich nachhaltige Wirtschaft resultieren zwei Schlussfolgerungen:

- Die globalen Lieferketten werden in wirtschafts- und aussenpolitischen Programmen von politischen Kandidaten und Parteien ein wichtiges Thema sein.
- Freiwillige Massnahmen von Unternehmen können wirksam sein, es braucht aber eine staatlich durchgesetzte Rechenschaftspflicht.

Fazit

Wir haben analysiert, welche politischen Massnahmen in Industrieländern und insbesondere in der Schweiz zugunsten einer nachhaltigen Wirtschaft realisierbar sind. Dabei konzentrierten wir uns auf die Frage, wie die Regulierung von Unternehmen nach Ansicht der Öffentlichkeit aussehen soll. Konkret untersuchten wir die politische Machbarkeit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik anhand der Schweiz als «Meinungslabor».

Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Unternehmen auch ohne direkten wirtschaftlichen Nutzen von ökologischen Geschäftsstrategien profitieren, da die Bevölkerung bereit ist, sie für freiwillige Engagements politisch zu belohnen.

Grundsätzlich befürwortet die Bevölkerung jedoch eine klare staatliche Regulierung der Nachhaltigkeit

von Unternehmen. Begrüsst werden Mechanismen zur Rechenschaftlegung wie öffentliche Berichte sowie staatliche Sanktionen gegen fehlbare Unternehmen. Dies gilt für inländische Politikbereiche ebenso wie für globale Lieferketten. Befürwortet werden inklusive Prozesse zur Festlegung solcher Mechanismen unter Mitwirkung von Firmen, gewählten Organen und Zivilgesellschaft.

Wir stellten zudem fest, dass die Bevölkerung ihre Einstellung dem Kontext anpasst. So wird das Ergebnis einer inklusiven Politik auch unterstützt, wenn weniger strenge Massnahmen resultieren. Analog können freiwillige Engagements von Unternehmen den Ruf nach staatlicher Regulierung verringern. Werden umgekehrt Unternehmen öffentlich des Greenwashings verdächtigt, sinkt das Vertrauen in freiwillige Massnahmen.

Referenzen

Kolcava, D. & Bernauer, T. Greening the Economy through Voluntary Private Sector Initiatives or Government Regulation? A Public Opinion Perspective. *Environmental Science & Policy* 115, 61–70 (2021).

Kolcava, D., Nguyen, Q. & Bernauer, T. Does trade liberalization lead to environmental burden shifting in the global economy? *Ecological Economics* 163, 98–112 (2019).

Kolcava, D., Scholderer, J. & Bernauer, T. Do citizens provide political rewards to firms engaging in voluntary environmental action? *Journal of Cleaner Production* 279, (2021).

Kolcava, D., Rudolph, L. & Bernauer, T. Voluntary business initiatives can reduce public pressure for regulating firm behaviour abroad. *Journal of European Public Policy* 28, 591–614 (2021).

Kolcava, D., Rudolph, L. & Bernauer, T. Citizen preferences on private-public co-regulation in environmental governance: Evidence from Switzerland. *Global Environmental Change* 68, 102226 (2021).

Rudolph, L., Kolcava, D. & Bernauer, T. Public demand for extraterritorial environmental and social public goods provision. *British Journal of Political Science* 53, 516-535 (2023).

Kolcava, D., Greenwashing and public demand for government regulation *Journal of Public Policy* 43, 179-198 (2023).

Kolcava, D., Smith, E. K. & Bernauer, T. Public Cross-national public acceptance of sustainable global supply chain policy instruments *Nature Sustainability* 6, 69-80 (2022).

Autoren & Kontakt



Thomas Bernauer
ETH Zürich



Dennis Kolcava
ETH Zürich

ETH Zürich
Group of International Political
Economy and Environmental Politics
dennis.kolcava@ir.gess.ethz.ch

Über das NFP 73



www.nfp73.ch

Das Nationale Forschungsprogramm «Nachhaltige Wirtschaft» (NFP 73) wurde vom Bundesrat Mitte 2017 mit einem Gesamtbudget von 20 Millionen Franken für eine Forschungsdauer von fünf Jahren lanciert. Finanziert werden 29 Forschungsprojekte in Themenbereichen wie Kreislaufwirtschaft, Finanzwesen, Bauwesen, Städte und Mobilität, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, Lieferketten, nachhaltiges Verhalten und Gouvernanz. Ziel des NFP 73 ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse über eine nachhaltige Wirtschaft zu gewinnen, die sparsam mit natürlichen Ressourcen umgeht, Wohlstand schafft und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz stärkt.

Herausgeber

**Nationales Forschungsprogramm
«Nachhaltige Wirtschaft» NFP 73**
Schweizerischer Nationalfonds SNF
Wildhainweg 3
3001 Bern

Juli 2022

Kontakt

Pascal Walther
Programm Manager NFP 73
SNF, Wildhainweg 3
3001 Bern

T: + 41 (0)31 308 22 20

E: nfp73@snf.ch

Disclaimer: Dieser Policy Brief wurde vom Nationalen Forschungsprogramm «Nachhaltige Wirtschaft» (NFP 73) des Schweizerischen Nationalfonds finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autorinnen und Autoren.